

(Dr. Manuela Schmidt)

Es gibt einen zweiten Grund, der ist vielleicht noch wichtiger als der erste, weshalb wir uns gegen den jetzt vorgeschlagenen Weg des Senats aussprechen. Wir wollen mit den Steuern tatsächlich auch steuern. Wir wollen das Instrument der Grunderwerbsteuer wieder schärfen, um damit das Problem der Mietsteigerungen und Verdrängung durch Immobilienspekulation anzugehen.

[Beifall bei der LINKEN]

Das betrifft einerseits Besteuerung der Share-Deals, wie angesprochen, hier müssen die Spekulanten zur Kasse gebeten werden, um die Spekulationen zu verteuern und unattraktiver zu machen. Aber auch darüber hinaus wollen wir gezielter steuern. Wir wollen den Hebesatz der Grunderwerbsteuer differenzieren, denn auch unabhängig vom Problem der Share-Deals ist eine einheitliche Höhe der Steuerpflicht nicht ausgewogen und hat keine bzw. nur eine geringe Steuerungswirkung. Selbstgenutzte Immobilien wollen die Menschen, um darin zu wohnen oder zu arbeiten, nicht um ihr Kapital arbeiten zu lassen.

[Joachim Esser (GRÜNE): Ändert sich!]

Es geht hier also nicht um Immobilienspekulationen. Deshalb sollte dieser Eigentumserwerb geringer besteuert werden und mindestens beim jetzigen Steuersatz verbleiben. Dagegen sollte die Grunderwerbsteuer auf Immobilien zur Kapitalverzinsung deutlich erhöht werden. Die Spekulation mit Immobilien, der Handel mit ihnen würde dadurch unattraktiver, das langfristige Halten und Entwickeln von Immobilien wahrscheinlicher. Das gibt einen weiteren Effekt. Der stetige Handel mit Wohn- und Gewerbeimmobilien steigert nur die Renditeerwartungen, bringt aber nichts für den Neubau. Eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer für Nichtselbstnutzer kann hier die Investitionen in die richtige Richtung lenken. Ein Neubau ist steuerlich weniger belastet, weil nur für das Grundstück die Grunderwerbsteuer anfällt.

Eine weitere Möglichkeit, die Einnahmesituation des Landes Berlin zu verbessern, sehen wir darin, dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, sich an Ihren eigenen Parteitagsbeschluss zur Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent halten.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Auch heute wurde im Plenum mehrfach über Gerechtigkeit gesprochen, gerade von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen der Koalition. Aber ist es gerecht, dass die Finanzierung des Gemeinwesens immer wieder zu übergroßen Teilen auf den Schultern der Geringverdienenden liegt, warum Menschen mit hohem Einkommen immer wieder Schlupflöcher finden, auf legitime Weise der Besteuerung zu entgehen?

Vizepräsident Andreas Gram:

Sie müssten dann zum Ende kommen, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Einen Satz noch! – Wir fordern daher den Senat auf, im Bundesrat dem Entschließungsantrag zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer von 42 auf 49 Prozent zuzustimmen. Damit würden Sie wenigstens dem Satz zustimmen, der bereits unter der schwarzgelben Regierung der 90er-Jahre bestand.

Vizepräsident Andreas Gram:

Ein langer Satz!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Und es wäre vielleicht der erste Schritt zu dem von der Linken geforderten Spitzensteuersatz von 53 Prozent. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Auch vielen Dank! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt der Kollege Schneider das Wort. – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Frau Dr. Schmidt! Zu dem Antrag, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent zu erhöhen: Inhaltlich unterstützt die SPD-Fraktion das Ansinnen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Zurufe von den PIRATEN: Aber?]

Die Prämisse, möglichst geringe Steuerbelastungen für Spitzenverdiener würden zu mehr Wachstum und zu mehr Arbeitsplätzen führen, kann nach unserer Überzeugung als wiederlegt gelten.

[Beifall bei der LINKEN]

Schreiben Sie das mal auf ins Protokoll! – Das ist im Übrigen dieselbe Fehlsicht wie die Behauptung, möglichst geringe Bezahlung von Arbeitnehmern würde zu mehr Beschäftigung führen.

[Beifall bei der LINKEN –
Elke Breitenbach (LINKE): Genau! Richtig! –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Weiter so!]

Selbst die seinerzeitige Absenkung von 53 auf 42 Prozent hat keine signifikanten konjunkturellen Effekte gehabt.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

– Das ist ja wunderbar, Herr Lederer!

[Dr. Klaus Lederer (LINKE):
Warum klatschen die Sozis nicht?]

– Ja, Sie wissen noch gar nicht, was kommt. – Umgekehrt würde eine Anhebung von 42 auf 49 Prozent voraus-

(Torsten Schneider)

sichtlich zu Mehreinnahmen von über 5 Milliarden Euro führen und die Haushalte deutlich stärken.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Aber – und jetzt kommt das Aber, Sie haben ja alle darauf gewartet –

[Christopher Lauer (PIRATEN): Bingo!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Also, lieber Kollege! Zwischenruf ist gut, aber nicht johlen, bitte!

[Christopher Lauer (PIRATEN): Ich wollte einfach meine Freude über den Kollegen ausdrücken!]

– Freuen kann man sich auch anders.

Torsten Schneider (SPD):

Also diese fünf Sekunden schenke ich Ihnen, Herr Präsident. – Natürlich kennen Sie die bundesweite Haltung der SPD und wissen auch, dass der in Rede stehende Bundesratsantrag eine A-Länder-Initiative ist. Und ehrlich gesagt, ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, Ihnen Nachhilfe zu Koalitionsmechanismen zu geben.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU –
Zuruf von Wolfgang Brauer (LINKE)]

Sie sollten langsam wissen, dass diese Koalition stabil arbeitet,

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

ohne unterschiedliche Grundpositionen zu räumen.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Umfaller!]

Viel spannender wird es sein, wann sich Die Linke einmal aus ihrer Lethargie und ihrem Applaus für mich verabschiedet und hier eigene Schwerpunkte aufruft, als die geneigte Berliner Öffentlichkeit ständig mit fremden Bundesratsthemen zu befassen. Das langweilt uns.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Wollen Sie den Beifall wirklich haben?]

Zu Ihrem Grunderwerbsteuerantrag: Die Koalition hat diese Steuer maßvoll angehoben, und so – und das werden wir hier beschließen, gegen Ihre Stimmen erstaunlicherweise – werden wir für strukturelle Mehreinnahmen von 50 Millionen Euro jährlich sorgen.

[Dr. Gabriele Hiller (LINKE):
Anstelle von 5 Milliarden Euro!]

Wir haben diese Steuer bewusst angefasst, weil sie nicht auf die Mieten durchschlägt. Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, dass der Spitzensteuersatz hier nicht beschlussfähig ist. Also reden Sie nicht so einen Quatsch!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Sonst gibt es einen Eintrag ins Klassenbuch!]

Share-Deals sind Anteilskäufe von Gesellschaften, die geübte Praxis sind. Sie sind per se kein Teufelszeug. Das nun ausgerechnet die Linksfraktion sich daran stört, das finde ich bemerkenswert.

Der geplante BIH-Verkauf, dem Sie unkritisch mit Landesparteitagsbeschluss zugestimmt haben, war ein solcher Share-Deal,

[Oliver Friederici (CDU): Aha!]

mit Steuereinnahmeverlusten, je nach Bewertung der BIH, von mindestens 200 Millionen Euro, sehr verehrte Damen und Herren der Linken!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Da sind Sie falsch informiert!]

In der Sache sagen wir eine angemessene Ausschussbefassung zu.

Ich stimme mit dem Kollegen Esser und der Grünen-Fraktion vollständig überein: Dass Sie hier aus taktischen Erwägungen, ausgerechnet Die Linke!, der Erhöhung der Grunderwerbsteuer nicht zustimmen wollen, dass Sie das ablehnen wollen, das halten wir für einen Treppenwitz. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Share-Deals!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Schneider! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Kollegin Herrmann das Wort. – Da eilt sie auch schon. – Bitte sehr!

Clara Herrmann (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorweg: Die Grünen-Fraktion wird für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer stimmen,

[Beifall von Regina Kittler (LINKE)]

und ich finde das auch richtig und gut so. Denn angesichts der Finanzlage, in der wir uns befinden, müssen wir uns nicht nur um das Sparen kümmern, sondern vor allem auch die Einnahmeseite ins Auge fassen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD,
der CDU und den PIRATEN –
Beifall von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Andere Bundesländer, zum Beispiel Baden-Württemberg – Grün-Rot –, Brandenburg – Rot-Rot – oder auch Mecklenburg Vorpommern – Rot-Schwarz – gehen diesen Weg. Wir finden, wenn das im Land der Häuslebauer